Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 26 (1934)

Heft: 3

Artikel: Sturm über Oesterreich

Autor: Aufhäuser, S.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352684

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sturm über Oesterreich.

Von S. Aufhäuser.

Ein Wirtschaftssystem ist ins Wanken geraten. Die Träger der kapitalistischen Wirtschaft sehen sich ausserstande, das Gleichgewicht zwischen Produktionskraft und Konsumkraft wieder herzustellen, die Menschen mit Arbeit und Brot zu versorgen. Sie haben die Empörung der von wachsendem Elend erfassten Massen zu befürchten und sie greifen zum Mittel der Gewalt, um alle Voraussetzungen organisatorischer Kraftentfaltung der Arbeiterklasse zu zerstören. Das Werkzeug zur Rettung des Kapitalismus ist der Faschismus, mit dessen stürmischem Vordringen die Grundlagen des bürgerlichen Rechtsstaates beseitigt werden. Recht und Freiheit, Kultur und Menschlichkeit in Europa sind bedroht, von den immer höher schäumenden Wellen des Faschismus weggespült zu werden.

Eben hat der deutsche Faschismus den ersten Jahrestag seiner Machtergreifung gefeiert und schon elf Tage später sollte die österreichische Arbeiterschaft das als nächstes Opfer ausersehene Objekt der Barbarei sein. Die österreichische Bewegung war sich aber seit langer Zeit bewusst, dass eine Wiederholung der in Deutschland erfolgten widerstandslosen Preisgabe und illusionärer Gleichschaltungs-Phantasien der Triumpf des Faschismus über Europa hätte sein müssen. Sie hatte das Gelöbnis abgelegt, sich nicht wohlfeil besiegen und erniedrigen zu lassen, koste es, was es wolle. Die deutsche Niederlage hatte in ihren internationalen Auswirkungen gelehrt, dass es für die österreichischen Kameraden bei den gegebenen Kräfteverhältnissen ein Kampf mit ungewissem Ausgang sein muss, zur letzten Entscheidung aufzurufen, und dass es hart sein wird, den vereinten Mächten der Reaktion vielleicht nach ruhmreichen Schlachten erliegen zu sollen. Aber weit schlimmer, als im Kampf geschlagen zu werden, schien es, sich selber als geschlagen zu geben, ohne den Widerstand gewagt zu haben. So haben in Oesterreich Partei, Gewerkschaft und Schutzbund, d. h. politischer Kampfeswille, wirtschaftliche Organisationskraft und proletarische Wehrmacht einer brutalsten Staats- und Militärgewalt in heldenhaftem Ringen der gewaltigsten Revolution bis zum Tode Trotz geboten.

Aber auch im gegnerischen Lager waren die Voraussetzungen von denen in Deutschland sehr verschieden. War in Deutschland eine geschlossene, einheitliche gegenrevolutionäre Kraft vorhanden gewesen, so standen in Oesterreich zwei durch inneren Familienstreit getrennte Faschismen den Arbeitern gegenüber, der Hitlerfaschismus und der Austrofaschismus, und doch beide wiederum geeint durch den nach zwei Seiten ängstlich Hilfe suchenden Bundeskanzler Dollfuss. Er galt noch vor zwei Jahren den westeuropäischen Grossmächten als der zuverlässige Exponent des demokratischen österreichischen Freistaates. Dieses unverdiente An-

sehen hatte ihm manche Anleihe für sein Land und manche Ehrung in Genf eingebracht. Aber die Zeiten der Anleihen sind heute vorbei und das politische Konjunkturbarometer zeigt auf Diktatur. Die Nachfrage nach « starken Männern » reizte Herrn Dollfuss, sich als Bewerber für Oesterreich zu melden. Schon vor Hitlers Regierungsantritt hatte Dollfuss am 18. Jänner 1933 einen Appell « an jene Kreise der Bevölkerung, die aus klassenkämpferischen Gründen bisher noch abseits stehen », erlassen, und er bat, von den Arbeitern beachtet zu werden. Die österreichische Sozialdemokratie klärte damals den Bundeskanzler darüber auf, dass der seit dem März betriebene Abbau der Freiheitsrechte und das völlige Dunkel der Verfassungspläne kaum geeignet wären, die « innere Bereitschaft » zur Mitarbeit aufkommen zu lassen. Die Sozialdemokratie sei aber auch in diesem Augenblick bereit, an einer friedlichen und verfassungsmässigen Entwirrung der politischen Krise mitzuwirken.

Nach den deutschen Reichstagswahlen vom 5. März 1933 glaubte dann der Bundeskanzler die Zeit für gekommen, seinen Schlag gegen die sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiterschaft vorbereiten zu müssen. Ein unbedeutender Zwischenfall, der im März 1933 zur Parlamentspräsidenten-Krise führte, musste als Anlass dienen, die Volksvertretung von da ab ausser Funktion zu setzen.

Von hier ab begann für die österreichische Arbeiterbewegung ein Leidensweg, bevor sie sich nach monatelangen unerhörten Provokationen schliesslich zum Entscheidungskampf gestellt hat. Es zeugt von einem Höchstmass an Disziplin und politischer Schulung, dass sie diese Belastungsprobe durchgehalten hat. Die Arbeiter und Angestellten wussten, dass in der Stunde, da sie mit dem Austrofaschismus und Dollfuss im Kampfe standen, die dritte Macht, der Nazi-Faschismus, vor den Toren Wiens wartete, um einfallen und den Sieg für sich entscheiden zu können. Aber auch diese verständliche Taktik des Abwartens musste ihre Grenze haben. Die Arbeiterschaft war der einzige Faktor, auf den sich die Regierung bei der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit und Freiheit hätte stützen können. Es musste aber die echten Verteidiger der Freiheit bis aufs Blut reizen, dass sie Schlag auf Schlag schliesslich ausserhalb aller Gesetze gestellt und aller Rechte beraubt wurden.

Die Regierung ruhte nicht, bis sie auf Grund von alten kriegswirtschaftlichen Verordnungen den letzten Rest von Staatsbürgerrechten demoliert hatte. Die Arbeiter- und Angestelltenpresse — politisch und gewerkschaftlich — wurde unter Vorzensur gestellt, eine hemmungslose Konfiskationspraxis setzte ein, bis das freie Wort vernichtet war. Die Wahrheit musste ausser Landes fliehen. Selbst in den Tagen der Militärdespotie im Weltkrieg hatte die Presse noch mehr Bewegungsfreiheit gehabt als unter der Diktatur Dollfuss. Der Republikanische Schutzbund verfiel ohne sicht-

lichen Grund der Auflösung, während die Heimwehr den Charakter einer Hilfspolizei verliehen bekam. Die sozialpolitischen Errungenschaften wurden auf dem Verordnungswege Stück um Stück abgebaut. Die unter sozialdemokratischer Führung stehende Gemeindeverwaltung Wien wurde finanziell immer mehr abgedrosselt, indem ihr die Steuereinnahmen, soweit sie Besitzende trafen, genommen worden waren. Die Bundesregierung hatte ihr im Laufe des Jahres 1933 103 Millionen Schilling, das war ein Drittel der Gesamteinnahme, entzogen, um sie der Möglichkeit zur Erfüllung sozialer Wohlfahrtspflichten zu berauben. Jeder Rechtsweg gegen diese Willkürakte war versperrt, indem der Verwaltungsgerichtshof ausser Funktion gesetzt wurde.

Schon drohte der Bürgerkrieg, als die Absichten zum Verbot der Maifeier 1933 bekannt geworden waren. Aber wiederum hatte die Arbeiterschaft eine neue Nervenprobe bestanden.

Die Versuche der Sozialdemokratie auf Einberufung des Parlaments scheiterten; jedes Ventil, dem Unwillen der arbeitenden Bevölkerung auch nur Luft machen zu können, war verstopft. Auf der andern Seite steigerten die Nazis ihre Angriffslust durch eine ständige Beunruhigung des Landes, ohne dass ernsthafte Abwehrmassnahmen der Regierung zu sehen gewesen wären. Die SPOE hatte sich immer wieder bereit erklärt, ihre ganze Kraft für die Republik und ihren Schutz einzusetzen, soweit die verfassungsmässigen Wege innegehalten würden.

Der Bundeskanzler aber war längst nicht mehr frei in seinen Entscheidungen. Der italienische Gesandte bestimmte, dass die österreichische Garde des Mussolini-Faschismus, die Heimwehr, den massgeblichen Einfluss auf die Regierungsgeschäfte in die Hände bekommen müsse. Eine Regierungsumbildung brachte, prompt in der Zusammensetzung wie im Programm, den Triumph der Heimwehr. Die parlamentarisch gerichteten bürgerlichen Parteien wurden aus dem Kabinett entfernt, Major Fey wurde mit dem Amt des Vizekanzlers betraut. Nach italienischem Vorbild wurden die Aufhebung der Freiheitsrechte, die Aufhebung der Selbstverwaltung für Länder und Gemeinden, die Beschränkung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit angekündigt.

Der praktische Anfang zur Neuordnung trat mit der Einsetzung der Sicherheitsdirektoren in die Erscheinung. Jeder nicht faschistisch eingestellte Oesterreicher wurde zum Staatsfeind gestempelt. Ueber die Funktionäre der Partei und Gewerkschaften brach ein zunehmendes Unwetter von Arreststrafen wegen unbewiesener Delikte herein. Arreststrafen bis zu sechs Monaten waren keine Seltenheit mehr. Die Auflösung des Rechtsstaates ging im Eiltempo weiter.

Die Bediensteten der Bundeseisenbahn wurden unter den schlimmsten Gesinnungszwang gestellt und unter Androhung der Entlassung in die Vaterländische Front gepresst. Die Direktion der

Bundesbahn liess keinen Zweifel, dass für Anhänger der freien Gewerkschaften in ihrem Dienste kein Raum mehr gegeben war.

In der steigenden Erbitterung der gesamten Arbeitnehmerschaft liess die Regierung zum 11. und 12. November 1933 die letzten Schleier ihrer scheinrepublikanischen Treue fallen. Die Arbeiterschaft wollte den 15. Jahrestag der Republik festlich begehen, nachdem schon vorher alle offiziellen Feierlichkeiten abgesagt worden waren. Aber selbst eine Arbeiterdemonstration für die Unabhängigkeit und Freiheit der Republik war nicht mehr zugelassen. Die Massen sammelten sich in 400 Betriebs- und Sektionsversammlungen, um nachher von der Bundespolizei mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben zu werden. Dafür durfte der Heimwehrführer Starhemberg in einer durch Rundfunk verbreiteten Rede die Republik verhöhnen.

Eine Totenfeier für Viktor Adler am 11. November wurde damit beantwortet, dass der Friedhof in ein Heerlager der Wiener Polizei verwandelt worden war. Die Ehrung des grossen Sozialistenführers wurde mit Verhaftungen und Strafen geahndet.

Noch hatte die Arbeiterschaft in nahezu unübertrefflicher Selbstbeherrschung die Zähne zusammengebissen, um nicht loszuschlagen. Da brachte die Jahreswende 1933/34 neue Anschläge gegen die Selbstbestimmungsrechte der werktätigen Bevölkerung. Der Bundeskanzler verkündete das Budget des Staates unter Verletzung der Verfassung auf dem Verordnungswege. Wenige Tage darauf folgte die Zertrümmerung der Arbeiterkammern, in denen die freien Gewerkschaften durch Wahl die erdrückende Mehrheit gehabt hatten. Sie sollte nun ohne Wahl durch Diktat von den bürgerlichen Minderheitsgewerkschaften vergewaltigt werden. Das Ausscheiden der freien Gewerkschaften aus dieser sozial- und wirtschaftspolitisch überaus wertvollen Körperschaft brachte den Abschluss dieser höchst positiven Leistung der Gewerkschaften für Land und Volk.

Nun wurden die Betriebsräte berannt. Die Spitalangestellten mussten ihre nach Gesetz und Recht gewählten Betriebsräte auflösen. An ihre Stelle traten ernannte Personalvertretungen. Damit war das Krankenhauspersonal zwangsweise gleichgeschaltet.

Aber nicht genug damit. Am 14. Dezember tagten die Führer der Heimwehr. Ihr Häuptling verkündete die unumstösslichen Forderungen der Heimwehrfaschisten. Parteiverbot der Sozialdemokratie, Einsetzung eines Kommissars für Wien wurden angekündet, das Sicherheitswesen an Fey übertragen.

Der Kessel war zur Explosion geheizt, als schliesslich tägliche Haussuchungen in den Volkshäusern und Gewerkschaftshäusern einsetzten. Ein solcher Polizeiüberfall der Wiener «Arbeiter-Zeitung» in den Tagen des Februars trug bereits den Charakter einer letzten Alarmübung, dem kurz darauf die endgültige Besetzung folgen sollte. Unter dem Druck der Heimwehren hatte der Bundeskanzler inzwischen auch die letzte Scheu, seiner Feind-

schaft gegen die sozialistischen Arbeiter und Angestellten Ausdruck zu verleihen, aufgegeben. So war noch kurz vor der Katastrophe eine Verordnung erschienen, wonach Arbeiter für die öffentlichen Notstandsarbeiten, wie Brückenbauten usw., nur durch die Nachweise der christlichsozialen Gewerkschaften vermittelt werden können. Auf Tausende von langfristig Arbeitslosen wurde damit der schärfste Gewissenszwang ausgeübt. Wer der freien Gewerkschaft weiter angehört, bekommt keine Arbeit und kein Brot.

Hand in Hand mit der Knebelung der Freiheit aller Arbeitenden vollzog sich seit Januar dieses Jahres auch die Veränderung des äusseren Strassenbildes in Wien. In den letzten Tagen des Januar glich die Hauptstadt einer von Heimwehren belagerten Stadt. Der Belagerungszustand brauchte nur noch formell erklärt zu werden. Die freiheitlich gesinnten Staatsbürger und Republikaner glichen den Gefangenen in einer Festung.

Ausserhalb Wiens krachten täglich die Böller der Nazis, denen fortwährend papierne Warnungen der Regierung entgegensäuselten, ohne dass den Schützen ein Leid geschah. Der Kanzler bekundete seine Energie « gegen die Nazi », indem er einen geistig und moralisch minderwertigen Bauernjungen, der gesündigt hatte, aber nicht das mindeste mit Politik zu tun hatte, aufhängen liess.

Die Nazis wussten auch, dass gegen sie nur ein Scheinkrieg geführt wurde. Man verhaftete Heimwehrführer, die einen Naziputsch geplant haben sollen, und liess sie wieder frei. Man musste sie freilassen, denn sie waren gleichzeitig Funktionäre der Heimwehr und Vertrauensleute der Hitler-Partei in Personalunion. Sie waren eingeweiht in Geheimverhandlungen, die der nach aussen hitlerfeindliche Bundeskanzler mit den reichsdeutschen Bundesgenossen von morgen geführt hatte. Es lag nach den bekannt gewordenen Berichten nicht an Dollfuss, wenn nicht schon vor dem 1. Februar 1934 der Pakt zustande gekommen war. Auch die Italiener waren ärgerlich, dass ihre österreichische Vasallenregierung hinter dem Rücken mit dem braunen Faschismus eine Liebelei pflegte. In einer Publikation der Nationalsozialisten, die den ganzen Schwindel aufdeckte, hiess es u. a.:

> « Nachdem Herr Dollfuss und seine Kreaturen durch Monate versuchten, Gauleiter Frauenfeld unter der Vorgabe einer Verständigung mit der NSDAP für sich zu gewinnen, will man ihn jetzt, da diese Bemühungen als aussichtslos erkannt wurden, unter Hochverratsanklage stellen: Ein Vorgehen, das an Gemeinheit und Niederträchtigkeit nichts zu wünschen übrig lässt. »

Das Bekanntwerden des unehrlichen Doppelspiels, das im Namen des Bundeskanzlers getrieben worden war, hatte mit dazu beigetragen, dass Anfang Februar nicht mehr Dollfuss, sondern nur noch Vizekanzler Fey regierte. Auf seinen Befehl wurden am 8. Februar dem Bürgermeister von Wien, entgegen allen Ver-

fassungsbestimmungen, auch noch die Rekursbefugnisse im Sicherheitswesen aus der Hand geschlagen. Fey proklamierte am Sonntag den 10. Februar, dass am Montag den 11. Februar 1934 der Umbau des Staates beginnen, das heisst der Staatsstreich durchgeführt und die Arbeiterschaft niedergeworfen werde. Die Aktion sollte durch Verhaftung sämtlicher Führer und die Besetzung der Volkshäuser-Parteiheime eingeleitet werden. Als Vorwand für den entscheidenden Schlag gegen die Stadt Wien und die sozialistische Bewegung wurde von einer Verschwörung des Republikanischen Schutzbundes geredet. Erst in diesem Augenblick, da es um Sein oder Nichtsein der österreichischen Arbeiterklasse ging, wurde die Parole zum aktiven Widerstand ausgegeben, indem die Partei der Arbeiter und Werktätigen in ihrem letzten Aufruf erklärte:

> « Herr Fey, der die Arbeiterschaft bis aufs Blut reizt, wagt es, von einem verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marxistischer Elemente gegen die Bevölkerung zu reden. Die Wahrheit ist, dass die Sozialdemokratie niemand, weder Bürger noch Bauer, angreift. Sie hält sich aber zum Kampfe mit der Waffe für den Fall bereit, falls Faschisten es wagen wollten, die beschworene Verfassung der Republik vernichten zu wollen.
>
> Wenn der Eid und die Verfassung gebrochen würden und die Freiheit in Gefahr gerät, dann werden die Arbeiter zu den Waffen greifen. »

Der Krieg der Regierung Fey-Dollfuss setzte auch pünktlich am Montag früh mit dem Marsch der Staats-Exekutive auf das Parteihaus in Linz ein, wo sie auf den Widerstand der Schutzbündler stiess. Polizei und Militär in Linz schlugen die erste Schlacht gegen das arbeitende Volk. In Wien wurde zur Abwehr der Generalstreik erklärt. Die « autoritäre » Regierung zog mit einer bis an die Zähne bewaffneten Armee gegen den inneren Feind. Sie zog nicht ins Feld, sondern in die Wohnbauten des schaffenden Wien. Im ganzen Lande flammte der schrecklichste Bürgerkrieg auf. Die Schreckenstaten des zurückliegenden Weltkriegs verblassen gegenüber dem entsetzlichen Blutbad, das von Staatslenkern, die eine republikanische Verfassung beschworen hatten, unter den treuesten Söhnen dieser Republik angerichtet wurde. Mit wohlgezielten Treffern aus Haubitzen und mit Gasgranaten wurde schonungslos die letzte Habe der Arbeiterfamilien in Flammen gesetzt. Weder Frauen noch Kinder fanden in diesem brudermörderischen Bürgerkrieg irgendwelche Schonung.

Die Kanonen der schweren Artillerie schleuderten Feuer, Tod und Verderben in die geschlossenen Reihen der unerschrockenen Freiheitskämpfer, die vier Tage und Nächte einer gewaltigen Uebermacht standgehalten haben. Weit über 2000 Tote, über 5000 Verletzte und Tausende von Gefangenen waren die Blutbilanz einer

Grausamkeit, die uns mit tiefstem Abscheu erfüllen muss. Die heroische Ausdauer und Todesbereitschaft, wie sie die tapferen Soldaten der österreichischen Revolution vom Februar 1934 der Welt gezeigt haben, vermag nur das Ringen um die höchsten Menschheitsideale zu verleihen. Ein Schrei des Entsetzens ging durch die Länder der zivilisierten Welt, als der Blutkanzler das Unmenschlichste zur Tat werden liess, proletarische Kämpfer mit schwersten Verletzungen auf den Tragbahren vor ein Sondergericht schleppen zu lassen. Arbeiter, die im Kampf um die Ehre des Sozialismus das grösste Beispiel proletarischen Heldenmutes gegeben hatten, wurden mit durchschossener Brust und blutenden Wunden an den Galgen gebracht. Vor der Geschichte aber ist diese Regierung bereits gerichtet.

Die Arbeiter sind in Oesterreich mit Feuer und Eisen niedergeschlagen worden, aber sie haben für Arbeiter aller Länder den grössten moralischen Sieg errungen, denn ihr Todeskampf um die Freiheit, ihre Auflehnung gegen die Knechtschaft, hat allen Völkern in der Abwehr gegen Sozialreaktion, Diktatur und Faschismus wieder Mut und Kraft verliehen. Die proletarischen Märtyrer von Oesterreich leben in Hirn und Herz der Arbeiterschaft der Welt weiter. Wien ist das Warnungszeichen für alle Schattierungen des Faschismus, dass sie den Marxismus nicht ausrotten, die arbeitenden Menschen nicht versklaven werden. Die grosse Menschheitsidee, die jene Helden von Oesterreich hervorgebracht hat, kann und wird nicht untergehen.

Der Kampf um Oesterreich wird nun erst beginnen, da sich die Regierung ihrer besten Truppen gegen die nationalsozialistische Gefahr für immer beraubt hat. Die « siegreiche » Regierung wird bald erkennen müssen, dass ihr Verbrechen zu gross war, um wieder gutgemacht werden zu können. Wir aber neigen uns in tiefster Ehrfurcht vor den Blutzeugen der Freiheit und geloben, im Sinne der ruhmvollen Vorboten einer neuen Gesellschaft weiterzukämpfen bis zur Wiedergutmachung des roten Wien und bis zum Sieg des arbeitenden Volkes über ihre Unterdrücker.